

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Arbeit muss das Ziel sein

Mehr Chancengerechtigkeit ist notwendig

Trotz der rasanten Wirtschaftserholung ist die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr weltweit auf einem Rekordstand geblieben. Rund 205 Millionen Menschen waren in den vergangenen zwölf Monaten arbeitslos, kaum weniger als im Krisenjahr 2009. Nach den in dieser Woche veröffentlichten Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bildet lediglich Deutschland eine Ausnahme – nicht zuletzt, weil die Anti-Krisenpolitik der unionsgeführten Bundesregierung erfolgreich war.



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Diese Aussage sollte uns jedoch nicht zur Untätigkeit in der Arbeitsmarktpolitik verleiten. Wir müssen weiter alles daran setzen, dass jeder Arbeitswillige eine Anstellung findet. Jeder Arbeitslose weniger entlastet den Staat und die Sozialversicherungen.

Das Ziel der Vollbeschäftigung folgt nicht nur einer ökonomischen Logik. Arbeit verschafft dem Menschen die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit. Nach dem christlichen Menschenbild, das uns leitet, ist der Mensch zur Freiheit geboren. Wir müssen ihm die Chance eröffnen,

diese Freiheit auch zu nutzen. Letztlich würde damit auch unsere Wirtschaft profitieren, die in einigen Jahren sogar mit einem Arbeitskräftemangel kämpfen könnte.

„Erhöhung der Regelsätze löst nichts“

Von diesen Gedanken lassen wir uns auch in den laufenden Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform leiten. SPD und Grüne sollten sich davon verabschieden, die Regelsätze zu erhöhen. Dies verbessert die Situation der Langzeitarbeitslosen nicht wirklich. Die Opposition sollte sich vielmehr auf die Bekämpfung des Grundübels der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Wir müssen verhindern, dass immer neue Generationen von Arbeitslosen entstehen. Für die, die jetzt keine Arbeit haben, muss es sich lohnen, Arbeit anzunehmen.

Zu diesen Punkten ist von der Opposition wenig zu hören. Umso lauter äußerte sie in dieser Woche ihre Vorwürfe gegen den Verteidigungsminister. Ihr Ziel war es nur, einen populären Minister zu schädigen. Dabei müssten alle Parteien ein Interesse daran haben, dass in der Bundeswehr kein unmenschlicher Drill herrscht und die Soldaten anständig behandelt werden. Wenn es Verdachtsmomente gibt, dass diese Prinzipien missachtet werden, muss mit aller Konsequenz dagegen vorgegangen werden. Nichts anderes tut der Verteidigungsminister. Deshalb verdient er unsere volle Unterstützung.

Wollen heride

Inhalt

Arbeit muss das Ziel sein	1
Vieles ist besser geworden in Afghanistan	2
„Der Strategiewechsel greift“	3
Was leistet Deutschland in Afghanistan?	4
Für bessere Information und mehr Transparenz	5
150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen	5
Deutsch-französischer Freundschafts- vertrag	5
Unsere Gesellschaft muss bildungs- hungriger werden	6
„Der vergessene Holocaust“ Opfer von Zwangsterilisation und „Euthanasie“ sollen höhere Entschädigung erhalten	7
Jahn zum Beauftragten für Stasi-Unter- lagen gewählt	8
Politischen Extremismus bekämpfen	8
Tunesien: Von der Jasmin-Revolution zur Demokratie?	9
Sauberes Wasser für alle weltweit	9
Anzug und Krawatte erbeten	10
Klitschko zu Gast bei der Unionsfraktion	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Vieles ist besser geworden in Afghanistan

Zustimmung zum Mandat über Koalitionsgrenzen hinweg



Hans-Peter Friedrich
 Erster Stellvertretender Vorsitzender

Bei der Entscheidung über die Verlängerung des ISAF-Mandats geht es nicht um parteipolitische Grenzen, sondern darum festzustellen, was die sicherheits- und außenpolitischen Interessen unseres Landes sind. Deshalb ist es gut, dass die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan trotz manch innenpolitischen Hickhacks zwischen Regierung und Opposition von weiten Teilen der SPD mitgetragen wird.

Oft wird gesagt: Nichts ist gut in Afghanistan. Sicher, vieles kann noch besser werden am Hindukusch, aber vieles ist auch schon gut geworden. 3.500 Schulen sind mittlerweile gebaut worden. Sieben Millionen junge Afghanen – Jungen und Mädchen – gehen zur Schule. Und das in einem Land, in dem Mädchen und Frauen bis 2001 keinen Unterricht erhalten konnten. Das ist ein Verdienst unserer Soldatinnen und Soldaten.

Afghanistan ist Knotenpunkt zwischen vier Atommächten

Die Verlängerung des ISAF-Mandats rückt immer wieder auch die geopolitische Rolle Afghanistans in den Fo-

kus. Das Land liegt an einem Knotenpunkt zwischen vier Atommächten: Russland, China, Indien und Pakistan. Stabilität in dieser Region ist daher nicht nur im Interesse der Mächte vor Ort, sondern auch im weltweiten Interesse.

Im Rahmen des Mandats geht es auch darum, dass die Bundeswehr gemeinsam mit ihren internationalen Partnern Afghanistan hilft, eine Armee von 171.000 Soldaten aufzubauen. Deutsche Ausbilder sorgen dafür, dass Afghanistan eine funktionierende und ordentliche Polizei bekommt. All das wird zu schaffen sein im Rahmen des jetzt erteilten Mandates.

Abzugsperspektive hängt von Entwicklung vor Ort ab

Stück für Stück wollen wir dann in den kommenden Jahren Verantwortung an die Afghanen übergeben. Die Abzugsperspektive ist daher sehr konkret und sehr klar: Abhängig von der Entwicklung vor Ort findet der Abzug in dem Maße statt, wie es möglich ist, Verantwortung auf die afghanischen Kräfte zu übertragen.

Die Mandatsverlängerung zeigt, dass wir hinter dem Einsatz unserer Soldaten stehen. Unsere Männer und Frauen in Uniform zeigen sehr viel persönliches Engagement und gehen persönliches Risiko bei diesem Einsatz ein. Es ist ein Einsatz, der dem Frieden und der Freiheit der Menschen dort und in der ganzen Welt dient. Auch deswegen freue ich mich über die Zustimmung zur Mandatsverlängerung über die Grenzen der Koalition hinaus.

„Der Strategiewechsel greift“

Der Bundestag votierte am Freitag für die Verlängerung des Afghanistan-Mandats. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff zu den Fortschritten am Hindukusch



Die Delegation mit Ausbildern der deutschen bilateralen Polizeitrainingsmission in Masar-i-Scharif

Herr Schockenhoff, Sie waren Anfang des Jahres gemeinsam mit Ihren Kollegen Christian Ruck und Roderich Kiesewetter in Afghanistan. Wie ist die aktuelle Lage dort?

Schockenhoff: Man spürt, dass der Strategiewechsel, den wir vergangenes Jahr vollzogen haben, greift – sowohl militärisch als auch beim zivilen Aufbau. Davon konnten wir uns in Masar-i-Scharif, Kundus und in Kabul überzeugen. ISAF und die afghanischen Sicherheitskräfte haben gegenüber den regierungsfeindlichen Kräften die Initiative zurückgewonnen. Gleichzeitig gibt es Erfolge beim zivilen Aufbau. Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte kommt jetzt zügig voran, auch aufgrund der Ausweitung der deutschen Trainingskapazitäten.

Was erwarten Sie von der afghanischen Führung?

Schockenhoff: Wir haben unseren Gesprächspartnern verdeutlicht, dass die afghanische Seite mit uns an einem Strang ziehen und ihre Verpflichtungen hinsichtlich guter Regie-

rungsführung, nachhaltiger Korruptionsbekämpfung und Aufbau einer unabhängigen Justiz mit Nachdruck umsetzen muss.

Sie haben auch Gespräche in Pakistan geführt. Welche Rolle spielt in Ihren Augen das Land im Antiterrorkampf?

Schockenhoff: Ohne die Einbindung Pakistans ist eine nachhaltige Befriedung Afghanistans nicht möglich. Wir müssen einen regionalen Lösungsansatz weiter mit Nachdruck verfolgen. Die Beziehungen zwischen Islamabad und Kabul haben sich in letzter Zeit erfreulicherweise kontinuierlich verbessert. Pakistan fühlt sich jedoch – aus seiner Sicht – von einem wachsenden indischen Einfluss in Afghanistan bedroht. Wir brauchen einen pakistanisch-indischen Dialog über Afghanistan.

Sie haben auch mit den deutschen Soldaten vor Ort gesprochen. Was waren Ihre Eindrücke?

Schockenhoff: Unsere Soldaten sind in Afghanistan im Einsatz für unsere Sicherheit und Freiheit. Sie wollen zu Recht Anerkennung für ihren Einsatz. Sie sagen: Wir sind jetzt in einer ganz entscheidenden Phase, wir spüren zum ersten Mal, dass die Taliban richtig in der Defensive sind. Für sie ist klar: Ein vorschneller Abzug würde die erreichten Erfolge gefährden.



Afghanistan © ibphoto

Was leistet Deutschland in Afghanistan?

Deutschland stand von Anfang an in der ersten Reihe des internationalen Engagements in Afghanistan - im zivilen wie im militärischen Bereich. Die erste Wiederaufbau-Konferenz im November 2001 wurde auf dem Bonner Petersberg ausgerichtet. Die Bundesrepublik ist der drittgrößte bilaterale Geber (bis 2010 1,6 Milliarden Euro) und Truppensteller (bis zu 5.350 Soldaten). Der Schwerpunkt der Leistungen liegt in Nordafghanistan.

- Die Bundeswehr erhöht seit 2010 den militärischen Druck auf die Aufständischen. Mit Hilfe von neu ausgebildeten und einsatzfähigen afghanischen Sicherheitskräften gewann die ISAF gegenüber den regierungsfeindlichen Kräften 2010 die Initiative zurück. Die Aufständischen sind militärisch und politisch in der Defensive, die Bevölkerung wendet sich von ihnen ab.
- Beim Wiederaufbau konzentriert sich die Bundeswehr in Nordafghanistan auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaftsentwicklung und gute Regierungsführung. Hier einige Beispiele:
 - Mit dem Bau von 2.000 Schulen wurde rund 500.000 Schülern (davon ein Drittel Mädchen) eine Grundbildung ermöglicht und die Ausbildung von rund 100.000 Lehrerinnen und Lehrern gefördert.
 - Von der Wiederherstellung und dem Aufbau der Trinkwasserversorgung in Herat, Kundus und Kabul profitieren eine Million Menschen.
 - 100.000 Mikrokredite als Startkapital für Unternehmen, die über 400.000 Menschen Beschäftigung und Einkommen sichern, wurden vergeben.
 - Bis Ende 2012 erhalten im deutschen Verantwortungsbereich über 2,6 Millionen Menschen medizinische Grundversorgung. In den vier Nordostprovinzen wurden Krankenhäuser und Gesundheitsstationen gebaut.
 - 600 Kilometer Straße und zahlreiche Brücken wurden mit deutscher Hilfe gebaut.
- Die jährlichen Mittel für zivilen Aufbau wurden ab 2010 von 220 Millionen Euro auf bis zu 430 Millionen Euro verdoppelt. Im Fokus der Bemühungen stehen gute Regierungsführung und ländliche Entwicklung.
- Deutschland fördert die afghanische Eigenverantwortung und unterstützt die Provinz- und Distriktverwaltungen bei der Verbesserung ihrer Leistungen. Der Justizsektor wird ebenfalls durch gezieltes Training und Ausbildung gestärkt.
- Die Bundeswehr hat die Einsatzfähigkeit der afghanischen Streitkräfte (ANA) durch ihr Trainingsprogramm entscheidend verbessert. Sie zeigt zusammen mit den afghanischen Soldaten mehr Präsenz in der Fläche („Partnering“). Die Ausbildung verläuft schneller als erwartet. Planung und Führung von Operationen der ANA müssen aber weiter verbessert werden.
- Beim Polizei-Aufbau wurden auch mit Hilfe der deutschen Polizeitrainingszentren in Kabul und im Norden deutliche Fortschritte erzielt. Bis Oktober 2011 werden 134.000 afghanische Polizisten ausgebildet sein. Die notwendigen Grundlagen für selbsttragende afghanische Polizeistrukturen wurden gelegt.

Für bessere Information und mehr Transparenz

Der Bundestag debattiert über die Vorfälle bei der Bundeswehr: Aufruf zu differenzierter Betrachtung

Der Unfalltod eines Soldaten in Afghanistan Ende 2010, geöffnete Feldpostbriefe aus dem Einsatz und die Vorgänge auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“, bei der eine Soldatin ums Leben kam, sind Vorfälle, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Da sie aber alle drei die Bundeswehr betreffen, waren sie am Mittwoch Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag.

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg rief zu einer differenzierten Betrachtungsweise der drei Fälle auf. Er bat um Verständnis, dass eine abschließende Information erst nach den Ermittlungen, auch der Staatsanwaltschaften, möglich sei. Der Minister räumte im Parlament wie zuvor schon im Verteidigungsausschuss Informationslücken ein. Doch wies er mit Nachdruck Darstellungen zurück, er hätte das Parlament nicht informiert oder sei verantwortlich für eine gezielte Vertuschung oder Irreführung. Er selbst habe während der Afghanistanreise mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember vor Journalisten deutlich gemacht, dass der Soldat durch Fremdverschulden starb, sagte Guttenberg.

Hysterische Züge der Diskussion kritisiert

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff sagte, die seit Tagen anhaltende Diskussion nehme langsam hysterische Züge an. Der Verteidigungsminister habe im Bundestag die Fakten in aller Deutlichkeit und Offenheit dargestellt, soweit dies derzeit möglich sei. Er mahnte gleichzeitig, dass die Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung sorgfältiger werden müsse.

Schockenhoff erinnerte an die ums Leben gekommenen Soldaten. Es müsse alles getan werden, um die Todesumstände aufzuklären. Die Abberufung des Kommandanten der „Gorch Fock“ durch den Minister entspreche der Fürsorgepflicht und sei keine Vorverurteilung. Gleichzeitig betonte er, dass niemand die „Gorch Fock“ als Ausbildungsschiff infrage stelle.

„Eine Vielzahl von Vermutungen und Spekulationen sind in sich zusammengefallen“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ernst-Reinhard Beck, mit Blick auf

die jüngste Sitzung des Verteidigungsausschusses. Die Öffnung der Feldpost bezeichnete Beck als einen Eingriff in die Grundrechte der Soldaten, der nicht hinzunehmen sei. Es gehe jedoch weit an der Realität vorbei, jetzt von einer systematischen Öffnung von Briefen zu sprechen, sagte der Verteidigungspolitiker.

Suspendierung zum Schutz des Kommandanten

Angesichts der „rasant sich verdichtenden Medienlage“ habe der Minister gar nicht anders entscheiden können, als den Kommandanten der „Gorch Fock“ von seinen Pflichten zu entbinden. Andernfalls wäre der Offizier einem öffentlichen Spießrutenlaufen ausgesetzt gewesen, stellte Beck fest. Als Konsequenz forderte er eine Stärkung der Dienstaufsicht und eine bessere Schulung der Vorgesetzten im Sinne der bewährten Grundsätze der Inneren Führung. Auch dürfe die zunehmende Einsatzbelastung nicht dazu führen, den sorgfältigen Umgang mit Schusswaffen zu vernachlässigen.

Kurz notiert

150 Jahre deutsch-japanische Beziehungen

Deutschland und Japan blicken auf 150 Jahre diplomatische Beziehungen zurück. Aus diesem Anlass würdigte der Bundestag am Donnerstag die „bemerkenswerte Erfolgsgeschichte“ des bilateralen Verhältnisses. Am 24. Januar 1861 unterzeichneten Japan und Preußen in Tokio einen Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrag. Das Verhältnis beider Länder entwickelte sich seitdem weitgehend vertrauensvoll und freundschaftlich. Als starkes Bindeglied wirken heute gemeinsame Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und freiheitliche Demokratie, aber auch die

marktwirtschaftliche Ordnung.

Unionsfraktionschef Volker Kauder war allein im letzten Jahr zweimal zu Besuch in Japan, um die Bedeutung der bilateralen Beziehungen zu unterstreichen.

Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer in Paris den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. In dem sogenannten Elysée-Vertrag wurde eine weitreichende politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit beider

Länder vereinbart. Beiden Seiten ging es darum, nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu zu gestalten.

Der geschäftsführende Vorstand der Unionsfraktion plant im Februar eine Reise nach Paris. Das Ziel ist, die Beziehungen zur französischen Schwesterfraktion der UMP (Union pour un mouvement populaire), der Partei von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, zu vertiefen. Themen von gemeinsamer Bedeutung in Europa sollen künftig enger abgestimmt werden. Bereits im vergangenen September war die Fraktionsspitze der UMP bei Unionsfraktionschef Volker Kauder zu Gast gewesen.

Unsere Gesellschaft muss bildungshungriger werden

Bildungsbericht der Bundesregierung dokumentiert positive Entwicklungen

„Bildungspolitik braucht nicht immer neue ideologische Debatten, sondern mehr Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit unter den Bundesländern“, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan bei der Debatte des dritten nationalen Bildungsberichts am Donnerstag im Bundestag. Eltern müssten sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder, egal in welchem Bundesland sie zur Schule gingen, vergleichbare Bildungsabschlüsse und Schulmaterialien haben.

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ dokumentiert in allen Bildungsbereichen viele positive Entwicklungen: Die Bildungsbeteiligung der unter Dreijährigen ist deutlich gestiegen. Ganztagschulen wurden ausgebaut. Die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist gesunken. Die Ausbildungsmarktsituation verbessert sich seit 2006 kontinuierlich. Die Quote der Studienanfänger ist auf

einem Höchststand. Insgesamt steige der Bildungsstand der Bevölkerung stetig an, sagte die Ministerin.

Aber es gibt auch noch Probleme: Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolagen auf. Besonders häufig sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen. Die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss beziehungsweise ohne zureichende Basiskompetenzen ist noch immer zu hoch, ihr Anteil soll bis 2015 auf maximal vier Prozent gesenkt werden. Das haben sich Bund und Länder gemeinsam zum Ziel gesetzt.

Mehr Weiterbildung gefordert

Schavan rief die SPD auf, im Vermittlungsverfahren zur Hartz-IV-Novelle das Bildungspaket nicht weiter zu blockieren. „Hören Sie auf, das Bildungs-

paket weiter zu verzögern. Hören Sie auf zu feilschen“, rief die Ministerin der Opposition zu.

Mit den Worten „Bildung ist nicht nur eine Frage des Staates, sondern auch eine Anfrage an unsere Gesellschaft, die eine bildungsbegeisterte und bildungshungrige werden muss“, appellierte Schavan an alle, sich mehr zu engagieren. Denn die Weiterbildungsbeteiligung ist weiterhin auf einem verbesserungsfähigen Niveau. Mit der Bildungsprämie bietet die Bundesregierung allen Erwerbstätigen mit niedrigen und mittleren Einkommen die Möglichkeit, Gebühren für Kurse und Prüfungen der beruflichen Weiterbildung durch Prämien-gutscheine zu reduzieren.

Bildung in Deutschland 2010

Im Abstand von zwei Jahren informiert der Bericht „Bildung in Deutschland“ über Entwicklungen im Bildungswesen. Er wird von einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe unter Leitung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erarbeitet. 2010 ist er zum dritten Mal erschienen. Fazit: Das Bildungsniveau in Deutschland steigt. Der Anteil der Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen, der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss ist rückläufig. Weitere Ergebnisse im einzelnen:

- Es gibt ein zunehmendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren; es gibt mehr pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen denn je.
- Verdoppelung der Schüler, die Ganztagsangebote nutzen: Mittlerweile arbeitet fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb.
- Höchststand bei der Zahl der Studienanfänger: Die Studienanfängerquote liegt mit 43 Prozent (2009) deutlich über der Zielmarke von 40 Prozent.
- Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation mit einem Rückgang des Übergangssystems.

Das Bildungssystem muss nach Einschätzung der Wissenschaft einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen leisten:

- Die Bildungsteilnehmer müssen über den gesamten Lebensverlauf qualifiziert werden.
- Die Bildungslücke zwischen Kindern und Jugendlichen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, die sozial und kulturell benachteiligt sind, muss deutlich verringert werden.
- Sozial Benachteiligten und Menschen mit Migrationshintergrund muss eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben ermöglicht werden.
- Eine regional ausgewogene Bildungsversorgung muss sichergestellt werden.
- In der „alternden Gesellschaft“ müssen durch Weiterbildung im Beruf Qualifizierung und gesellschaftliche Teilhabe gesichert werden.

„Der vergessene Holocaust“

66. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz – Erstmals ein Vertreter der Sinti und Roma als Zeitzeuge vor dem Bundestag

In einer feierlichen Gedenkstunde hat der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Zum 66. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert am Donnerstag: „Wir Nachgeborene haben versprochen und bekräftigen, dass wir die Schrecken der Geschichte nicht vergessen werden.“ Erstmals sprach mit Zoni Weisz ein Vertreter der Sinti und Roma als Zeitzeuge vor dem Bundestag. Der niederländische Holocaust-Überlebende Weisz nannte dies ein „Zeichen der Anerkennung des uns während der Zeit des Nationalsozialismus zugefügten Leids“.

Weisz überlebte als einziger seiner Familie

Der Völkermord an den Sinti und Roma sei immer noch ein vergessener

Holocaust, sagte der 74-Jährige. Eine halbe Million Sinti und Roma waren während des Nationalsozialismus umgebracht worden – neben sechs Millionen Juden und zahllosen wei-



Zoni Weisz im Deutschen Bundestag

teren Opfern. Juden und „Zigeuner“ seien als „fremdrassig“ definiert, all ihrer Rechte beraubt und schließlich ermordet worden, rief Weisz in Erinnerung. Seine Familie war 1944 in der niederländischen Kleinstadt Zutphen verhaftet worden. Durch mehrere glückliche Fügungen überlebte der damals Siebenjährige die deutsche Besatzung, während seine Eltern, Geschwister und weitere Familienmitglieder im Konzentrationslager umkamen.

Lammert erinnerte daran, dass Sinti und Roma in Europa und auch in Deutschland weiterhin diskriminiert würden. „Die Opfer verpflichten uns, alle Formen von Diskriminierung und Intoleranz zu ächten und jeder Form des Hasses und der Ausgrenzung entschieden entgegenzutreten“, mahnte er.

An der Gedenkstunde im Bundestag nahm auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teil.

Opfer von Zwangssterilisation und „Euthanasie“ sollen höhere Entschädigung erhalten

Menschen, die während des Nationalsozialismus zwangssterilisiert oder Opfer von „Euthanasie“ wurden, sollen nach dem Willen des Bundestages eine höhere monatliche Entschädigung erhalten. In einem gemeinsamen Antrag setzten sich die Fraktionen von Union und FDP, SPD und Grünen am Donnerstag dafür ein, dass die monatlichen Leistungen dieser Opfer ab dem 1. Januar 2011 von 120 Euro auf 291 Euro angehoben werden. Der Betrag orientiert sich an den Leistungen für jüdische Opfer des Nationalsozialismus, die in einem Konzentrationslager oder Ghetto eingesperrt waren und keine Leistungen aus dem Bundesentschädigungsgesetz erhalten haben.

Nach den seit den 80er Jahren gültigen Richtlinien können Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschä-

digte einmalige Beihilfen in Höhe von 2.556,46 Euro erhalten. Zusätzlich können an Zwangssterilisierte bislang laufende monatliche Leistungen in Höhe von 120 Euro gezahlt werden. Für Opfer der Zwangssterilisierung und Opfer von „Euthanasie“-Maßnahmen kommen im Falle einer Notlage ergänzende Leistungen in Betracht.

Mehr als 350.000 Menschen wurden aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 zwangsweise sterilisiert. Bis zu 6.000 Frauen und ungefähr 600 Männer starben an den Folgen des Eingriffs. Über 200.000 Menschen wurden im Rahmen sogenannter „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet.

Überlebende „Euthanasie“-Geschädigte mussten in den „Euthanasie“-Anstalten ständig um ihr Leben fürch-

ten und wurden aufs Schwerste in ihrer Menschenwürde verletzt, indem sie auf Hungerkost gesetzt oder indem ihre Krankheiten nicht behandelt wurden.

Bereits 1988 und 1994 hatte der Bundestag festgestellt, dass die Zwangssterilisationen auf der Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ nationalsozialistisches Unrecht und Ausdruck der inhumanen nationalsozialistischen Auffassung vom „lebensunwerten Leben“ waren. 2007 bekräftigte der Bundestag seine Haltung und bezog die Opfer der Zwangssterilisierung und der „Euthanasie“ sowie ihren Angehörigen seine Achtung und sein Mitgefühl.

Jahn zum Beauftragten für Stasi-Unterlagen gewählt

Konsequenter Aufklärer genießt fraktionsübergreifende Zustimmung

Der Bundestag hat Roland Jahn zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt. Jahn tritt im März die Nachfolge von Marianne Birthler an. Der 57-jährige Journalist war von der Bundesregierung für das Amt nominiert worden. Auch fraktionsübergreifend genießt er aufgrund seiner Biographie große Zustimmung.

Widerstand gegen die SED-Diktatur

Jahn kennt das Unrechtssystem der DDR aus eigener Erfahrung. Er engagierte sich in Oppositionsgruppen seiner Heimatstadt Jena und wurde mehrmals festgenommen. Wegen seines Protestes gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann wurde der Student der Wirtschaftswissenschaften 1977 exmatrikuliert. 1983 schob die DDR ihn ab. Vom Westen aus unterstützte der Dissident weiter die Opposition und wurde

eine der wichtigsten Kontaktstellen zwischen Bürgerrechtlern und West-Medien. Seit 1991 arbeitet Jahn als Redakteur, seit 2006 als stellvertretender Redaktionsleiter für das RBB-Politmagazin „Kontraste“.

Behörde mit neuen Inhalten in eine neue Zeit führen

„Wer den Unrechtsstaat kennt, kann den Rechtsstaat besser gestalten.“ Dieser Satz von Jahn macht deutlich, worin er seine Aufgabe sieht. Er will seiner eigenen Ankündigung zufolge weiterhin die Namen der Täter im Unrechtsstaat DDR nennen. Neben der Aufklärung wird die Vorbereitung der Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv zu seinen Aufgaben gehören. Darüber hinaus geht es Jahn darum aufzuzeigen, wie eine Diktatur funktioniert, was sich unter anderem in dem Phänomen der Anpassung von Menschen zeige. Da die Behörde



Roland Jahn und Volker Kauder

neben Aktenerschließung und Forschung auch einen Bildungsauftrag hat, könnte Jahn in dieser Richtung Impulse geben. Fraktionschef Volker Kauder begrüßt, dass Roland Jahn „die Aufgaben dieser Behörde noch einmal mit neuen Inhalten in die Zeit hineinbringen kann“.

Politischen Extremismus bekämpfen

Freiheitlich-demokratische Grundordnung muss geschützt werden

Menschen wollen und Menschen sollen sich politisch engagieren - in Parteien oder Initiativen, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Das umfasst Parteien in der Mitte der Gesellschaft oder am rechten oder linken Rand des demokratischen Spektrums. Politisch rechts oder links zu sein ist etwas vollkommen anderes als rechts- oder linksextremistisch zu sein. Rechts- und Linksextremisten lehnen den demokratischen Verfassungsstaat ab und sind nicht bereit, ihre politischen Auffassungen im demokratischen Ringen mit Andersdenkenden auszutauschen. Sie zögern nicht, sie mit Gewalt durchzusetzen. Daher ist die Politik aufgerufen, sich dieses Problems anzunehmen.

Den Verfassungsstaat schützen

Der Bundestag beriet am Donnerstag den Antrag der christlich-liberalen Koalition „Programme zur Bekämpfung von politischem Extremismus weiterentwickeln und stärken“ – übrigens die 100. Initiative der Regierungsfractionen in dieser Legislaturperiode. Er setzt zur Bekämpfung jeder Form des Extremismus auf das Zusammenspiel von Jugend- und Präventionsarbeit, die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die konsequente Verfolgung politisch motivierter Straftaten. Entsprechende Programme und Initiativen mehrerer Bundesministerien werden darin ebenso gewürdigt wie die Präventi-

onsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Ausweitung der finanziellen Förderung auf alle Formen der Extremismusbekämpfung wird ausdrücklich begrüßt.

Unser demokratischer Verfassungsstaat kann nur durch Demokraten geschützt und in seinem Fortbestehen gesichert werden. Daher bestärken die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung ausdrücklich darin, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass sich sowohl mögliche Projektträger, die im Kampf gegen den Extremismus finanziell unterstützt werden, als auch deren Partner zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen.

Tunesien: Von der Jasmin-Revolution zur Demokratie?

Seit einigen Wochen ist der Maghreb im Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit: Massendemonstrationen gegen Freiheitsbeschränkungen, Mangelwirtschaft und Perspektivlosigkeit breiten sich von Algerien und Tunesien nach Ägypten aus. In Tunesien gelang es der Bevölkerung durch anhaltende Demonstrationen, den in Misskredit geratenen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali aus dem Amt zu vertreiben. Am 14. Januar verließ er fluchtartig das Land. Die Lage in Tunesien und in der Region ist nach wie vor instabil. Auf Initiative von

CDU/CSU und FDP diskutierte der Bundestag in dieser Woche die Lage in dem nordafrikanischen Land.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beobachtet die Entwicklung in Tunesien genau und begrüßt die Stellungnahmen der Bundesregierung. Die christlich-liberale Bundesregierung hat ihre Sorge über die Entwicklung in Tunesien zum Ausdruck gebracht. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle haben die Einhaltung von Grundrechten und Menschenrechten angefordert. Gleichzeitig kündigten sie ihre

Unterstützung für einen demokratischen Neuanfang unter Wahrung dieser Prinzipien an.

Derzeit ist offen, ob die „Jasmin-Revolution“ in Europas Nachbarland Tunesien auch auf andere Staaten der arabischen Welt übergreift. Fest steht für die Fraktion: Der Drang nach Freiheit und gesicherter Existenz darf nicht in Radikalismus, Chaos und Gewalt enden. Darum müssen Solidarität und Unterstützung Deutschlands und Europas nun den Kräften zugutekommen, die sich zur Demokratie bekennen.

Sauberes Wasser für alle weltweit

Die Versorgung von Menschen mit sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen gehört zu den zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Das Recht auf sauberes Wasser ist ein Menschenrecht. Es ist bereits in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte angelegt. Mit ihrem Antrag „Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen – Versorgung weltweit verbessern“, der in dieser Woche im Bundestag behandelt wurde, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, ihr Engagement in diesem Bereich auszubauen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die weltweite Bedeutung dieses Themas seit langem erkannt. Im Bereich Wasserversorgung ist Deutschland in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit unter den drei größten bilateralen Gebern. In 60 Ländern weltweit ist die Bundesrepublik im Wassersektor aktiv. Die regionalen Schwerpunkte des deutschen Engagements sind Afrika und der Nahe Osten. In Afrika ist Deutschland mit rund 350 Millionen Euro der größte bilaterale Geber.

Wasser als Machtmittel

Es bleibt dennoch viel zu tun: Immer noch haben fast 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem

Trinkwasser, und 2,6 Milliarden Menschen verfügen über keinen Zugang zu ausreichender hygienischer Abwasserentsorgung. An den daraus resultierenden Krankheiten wie Infektions- und Durchfallerkrankungen sterben mehr Kinder als an Malaria, Masern und Aids zusammen; alle 20 Sekunden stirbt daran ein Kind.

Darüber hinaus wird Wassermangel auch in einigen Konflikten politisch ausgenutzt; Wasser wird als Machtmittel eingesetzt. So werden zum Beispiel Staudämme gebaut oder Flüsse

umgeleitet, um die Wasserzufuhr eines anderen Staates zu steuern. In Zukunft wird der Zugang zu sauberem Wasser durch das Wachstum der Weltbevölkerung, die zunehmende Urbanisierung, die verstärkte Industrialisierung und den Klimawandel weiter erschwert werden.

Im Zuge von Projekten zur Menschenrechts- und Gesundheitsbildung ist die Aufklärung auch über dieses Menschenrecht unentbehrlich. Das Thema braucht eine breite Aufmerksamkeit! Auch das fordert der Antrag.



Wasserverknappung © reinobjektiv

Anzug und Krawatte erbeten

Jens Koeppen über Krawatten im Deutschen Bundestag



Jens Koeppen
Obmann der Schriftführer im Bundestag

Herr Koeppen, in welcher Kleidung fühlen Sie sich am wohlsten?

Koeppen: Das kommt ganz auf die Situation an: „Casual Friday“ bei lockeren Gesprächen und Besuchen, Jeans, Hemd oder Shirt in der Freizeit, Ski-anzug mit Helm im Winterurlaub bei der Abfahrt, Neoprenanzug - bestenfalls einen Shorty - beim Tauchen im Sommerurlaub, beim Joggen lieber kurz als lang und zu Hause eher lässig als gezwungen.

Was tragen Sie im Bundestag?

Koeppen: In den allermeisten Fällen Anzug, Hemd, Krawatte - und auch Schuhe.

Als Obmann der Schriftführer haben Sie vor Weihnachten an Ihre Kollegen geschrieben und sie darum gebeten, sie mögen eine der Würde des Hauses angemessene Kleidung tragen. Was hat Sie dazu bewogen?

Koeppen: Ich habe einen ähnlichen Brief bereits im Frühjahr 2010 an meine Kollegen geschrieben, da es der Wunsch des Präsidiums war, auf die Angemessenheit der Kleidung, insbesondere die einiger Schriftführerkollegen, hinzuweisen. Da diese Hinweise damals unbeachtet blieben, habe ich das Anliegen vor Weihnachten wiederholt.

In der Geschäftsordnung des Bundestages finden sich keine Vorschriften über die Bekleidung der Abgeordneten. Warum ist die Krawatte für Schriftführer wichtig?

Koeppen: Es wäre in der Tat traurig, wenn es eine Kleiderordnung für Bundestagsabgeordnete geben müsste. Ich glaube, dass die meisten Kollegen sich der Würde ihres Amtes entsprechend zu kleiden wissen – auch wenn manches eine Geschmacksfrage ist.

Die Krawatte für die Schriftführer ist, wie bereits erwähnt, ein Wunsch des Präsidiums und als Obmann der

Schriftführer unterstütze ich dies.

Ich habe natürlich keine Druckmittel, um den Wunsch des Präsidiums durchzusetzen, jedoch kann ich bei der Einteilung der Aufgaben der Schriftführer erfinderisch sein. Im Sitzungsvorstand soll die angesprochene angemessene Kleidung Standard sein. Darauf haben sich Ältestenrat und Präsidium mehrheitlich geeinigt. Es geht also nicht um die persönliche Selbstdarstellung eines Mitgliedes des Bundestages, sondern um das Erscheinungsbild im Sitzungsvorstand. Und wenn mancher Anblick an das eines „aufgerissenen Sofas“ erinnert, muss man halt auch mal auf die Würde des Hauses hinweisen.

Was sollten weibliche Abgeordnete tragen? Was ist tabu?

Koeppen: Es steht mir nicht zu, den Damen Bekleidungsempfehlungen zu geben. Außerdem war es bisher bei meinen Schriftführerkolleginnen nicht notwendig - keine von ihnen ist zum Beispiel mit Spaghettiträgern, dem breiten Gürtel als Minirock oder Flip-Flops zum Dienst erschienen.

Die Fraktion und die Welt

Klitschko zu Gast bei der Unionsfraktion

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff hat den Vorsitzenden der ukrainischen Partei Demokratische Allianz für Reformen (Udar), den Profiboxer Vitali Klitschko, zu politischen Gesprächen empfangen. Daran nahmen auch die Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für die EU-Angelegenheiten des Bundestags, Ruprecht Polenz und Gunther Krichbaum, sowie der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Außenpolitik der Fraktion, Karl-Georg Wellmann, teil.

Beide Seiten vereinbarten, sich regelmäßig über die Entwicklungen in der Ukraine auszutauschen und eng zusammenzuarbeiten. Erörtert wurde auch die europäische Perspektive der Ukraine. Schockenhoff äußerte die Auffassung, dass die Ukraine ein wichtiger Partner der EU sei. Allerdings müsse sie ihre gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Klitschko unterstrich, die Ukraine sei geschichtlich ein Teil Europas.



Vitali Klitschko und Andreas Schockenhoff

Zahl der Scheidungen rückläufig

Wiesbaden – Im Jahr 2009 wurden in Deutschland etwa 185.800 Ehen geschieden. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, ist das ein Rückgang um 3,2 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 – damals wurden 191.900 Ehescheidungen registriert. Damit wurden 2009 von 1.000 bestehenden Ehen zehn geschieden – im Jahr 2008 waren es elf Ehen, im Jahr 1992 allerdings nur sieben Ehen gewesen.

Von 1992 bis 2003 stieg – mit Ausnahme des Jahres 1999 – die Zahl der Ehescheidungen in Deutschland beständig an: von 135.000 auf 214.000. Seit 2004 ist die Entwicklung bei den Ehescheidungen rückläufig, nur 2008 gab es eine Steigerung.

Bei den im Jahr 2009 geschiedenen Ehen wurde der Scheidungsantrag in 53,3 Prozent der Fälle von der Frau und in 38,1 Prozent vom Mann gestellt. In den übrigen Fällen beantragten beide Ehegatten die Scheidung. Gegenüber 2008 ist die Zahl der nur vom Mann beantragten Ehescheidungen um 1,0 Prozent zurückgegangen, die nur von der Frau gestellten Scheidungsanträge nahmen um 4,8 Prozent ab.

Bei der Mehrzahl aller Ehescheidungen sind die Ehepartner ein Jahr getrennt: 153.800 Ehen (82,8 Prozent) wurden 2009 nach einjähriger Trennung geschieden; dies waren 5,3 Prozent weniger als 2008. Die Zahl der Scheidungen nach dreijähriger Trennung ist mit 27.500 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (plus 9,4 Prozent).

Insgesamt setzte sich 2009 die Tendenz der vergangenen Jahre zu einer längeren Ehedauer bis zur Scheidung fort: 2009 betrug die durchschnittliche Ehedauer bei der Scheidung 14 Jahre und vier Monate, 1992 waren es elf Jahre und sechs Monate.



GEBEN UND NEHMEN

Zeichnung: Tomicek

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Klaus-Peter Flosbach ist neuer finanzpolitischer Sprecher der Fraktion. Der 59-jährige Wirtschaftsberater aus Nordrhein-Westfalen wird Nachfolger von Leo Dautzenberg, der aus dem Bundestag ausscheidet und zum Chemie- und Energiekonzern Evonik wechselt. Flosbach erhielt hundert Prozent der abgegebenen Stimmen. Er gehört dem Bundestag seit 2002 an und war bereits ordentliches Mitglied des Finanzausschusses.

Der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, **Peter Bleser**, wird neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium. Der 58-jährige Landwirt aus Rheinland-Pfalz wird Mitte Februar Nachfolger von Julia Klöckner, die Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März ist. Bleser ist seit 1990 im Bundestag und übernahm 2005 den Vorsitz der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Termine

- 7. Februar 2011 Kongress: Christliches Menschenbild und Soziale Marktwirtschaft
- 21. Februar 2011 Kongress: Sprache ist Heimat, Sprechen ist Heimat!

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de
 Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt

„Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

Email-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift